

Die wichtigsten Punkte der Vernehmlassungsvorlage

Ausgangslage

In der Nordwestschweiz werden zur Zeit insgesamt sechs Institutionen auf Fachhochschulniveau geführt: Die FH Aargau (mit den Fachbereichen Technik, Wirtschaft, Gestaltung und Kunst, Soziale Arbeit und Pädagogik), die FH beider Basel (mit den Fachbereichen Technik, Bau, Wirtschaft, Gestaltung und Kunst), die Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel, die Musikakademie in Basel, die FH Solothurn (mit den Fachbereichen Technik, Wirtschaft, Soziales) sowie die Pädagogische Fachhochschule Solothurn.

Der Bund hat 1998 der Nordwestschweiz die Auflage gemacht, ihre Fachhochschulen in den Bereichen Technik, Wirtschaft und Gestaltung zu koordinieren. Die Zusammenarbeit wurde daraufhin in den letzten Jahren stetig intensiviert, gleichzeitig sind die Herausforderungen gewachsen: Die Fachhochschulen in der Schweiz müssen die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung weiter aufbauen und stark steigende Studierendenzahlen sowie einen wachsenden Kosten- und Effizienzdruck bewältigen. Bis 2008 müssen sie ausserdem ihr gesamtes bisheriges Studiensystem auf die neuen Studienstufen Bachelor und Master umstellen.

Diese Herausforderungen verlangen rasche und verbindliche Entscheidungen über Schwerpunktbildungen, Auf- und Abbau von Angeboten sowie Effizienzsteigerungen. Die Erfahrungen zeigen, dass solche Entscheidungen im Rahmen des bisher in der Nordwestschweiz bestehenden Kooperationsmodells nicht erreicht werden können.

Gründe für die Fusion

Mit der Schaffung einer FHNW mit einheitlicher Führung und umfassendem Leistungsauftrag sollen die notwendige Voraussetzung für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen geschaffen werden. Eine geeinte FHNW kann im zweit grössten Wirtschaftsraum der Schweiz mit einer einzigen Marke und einer umfassenden Produktstrategie auftreten und ihr Einzugsgebiet erweitern. Sie besitzt die notwendige Grösse, um aus den bestehenden Kompetenzen in der Forschung Institute von nationaler und internationaler Bedeutung aufzubauen. Aufgrund der besseren Grössenverhältnisse und umfassend durchsetzbaren Kostenvorgaben kann sie die erwarteten steigenden Studierendenzahlen besser auffangen und ihre Infrastruktur damit besser auslasten. Schliesslich erfüllt eine FHNW mit einheitlicher Führung die Auflagen des Bundes.

Aus diesen Gründen kommen die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn zum Schluss, dass in der regionalen Zusammenarbeit ein wesentlicher Schritt über das heutige Kooperationsmodell hinaus getan werden muss. Mit der Fusion soll insbesondere die Kostenentwicklung eingedämmt werden. Der von den Kantonen insgesamt für die Periode von 2006 bis 2008 zu finanzierende Trägerbeitrag soll bis 2008 nach einem zwischenzeitlichen Anstieg wieder unter das Niveau von 2004 sinken. Dies trotz einer in dieser Periode erfolgenden Zunahme der Studierendenzahlen um 12%, einem beträchtlichen Ausbau der Forschungstätigkeit und einem gleichzeitigen Rückgang der Bundessubventionen pro Studienplatz.

Die neue Institution

Die FH Nordwestschweiz soll die Bereiche Technik, Bau, Wirtschaft, Gestaltung und Kunst, Soziale Arbeit sowie Pädagogik umfassen. 2008 soll auch Musik integriert werden. Die neue Institution wird ein Bruttobudget von rund 300 Mio. Franken haben, wovon die vier Kantone gemäss einem nun ausgehandelten Verteilschlüssel rund 180 Mio. Franken gemeinsam tragen. Bis 2008 wird die Studierendenzahl von heute rund 6'000 auf voraussichtlich über 6'700 steigen.

Verankerung in allen vier Kantonen

Die FH Nordwestschweiz wird von einem Fachhochschulrat und einer Schulleitung geführt werden und in standortübergreifende Fachbereiche und Standorte organisiert sein. Sie wird weiterhin Standorte in allen vier Kantonen haben. Die FH Nordwestschweiz soll die Kompetenz erhalten, Studiengänge und Forschungsschwerpunkte über die Standorte hinweg zu konzentrieren. Die Standorte der Fachbereiche und die grundsätzliche Entwicklung der Fachhochschule sollen jedoch die Kantonsparlamente mit einem gemeinsamen, mehrjährigen Leistungsauftrag und Globalbudget steuern.